

## KONJUNKTURREPORT

21. Jg., Ausgabe 1, März 2021

### Schwache Konjunktur im Winter in Österreich

Nach der kräftigen Erholung im Sommer verlor der **weltwirtschaftliche** Aufholprozess im Herbst und Winter spürbar an Schwung. Ausschlaggebend waren neue Infektionswellen in weiten Teilen der Welt. Vor allem in Europa wurden die Eindämmungsmaßnahmen wieder verschärft, was die Konjunktur belastete. Allerdings waren die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht so gravierend wie in der ersten Welle im März und April 2020. Vor allem kam es diesmal nicht zu Unterbrechungen der globalen Lieferketten, sodass die Industrieproduktion kaum beeinträchtigt wurde. Dies zeigt sich auch darin, dass der Welthandel im November bereits um 2,8 % höher war als im Februar 2020 und den Tiefpunkt vom Mai um 21,6 % überschritt. Auch sind die Rohstoffpreise und die Transportkosten zuletzt deutlich gestiegen, und es kommt vermehrt zu Engpässen bei der Verfügbarkeit von Schiffcontainers. In den USA, in Japan und im Vereinigten Königreich schwächte sich das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vierten Quartal ab, wenngleich unterschiedlich stark. Auch in einigen Schwellenländern verlor die Erholung an Schwung. In China hingegen, wo es bisher zu keiner neuen Pandemiewelle kam, setzte sich die Expansion schwungvoll fort. China ist die einzige große Volkswirtschaft, die im Jahr 2020 gewachsen ist. Europa droht damit ökonomisch gegenüber China und den USA zurückzufallen.

Im vierten Quartal legte die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung in den **USA** um 1,0 % zu. Im Gesamtjahr 2020 sank das reale BIP um 3,5 %. In **Japan** stieg das BIP im vierten Quartal um 3,0 %. Im Jahresdurchschnitt ging es um 4,8 % zurück. In **China** nahm die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 2,6 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Gesamtjahr stieg das reale BIP um 2,3 %. In der **EU27** ging das saisonbereinigte BIP im vierten Quartal um 0,4 % zurück. Im **Euroraum** sank es um 0,6 %. Unter den Ländern, für die bisher Daten vorliegen, reichte die Entwicklung im vierten Quartal von einem Rückgang um 4,3 % in Österreich bis zu einem Wachstum um 5,3 % in Rumänien. Nach einer ersten Schätzung der Jahreswachstumsrate für 2020, basie-

rend auf saison- und kalenderbereinigten Quartalsdaten, sank das BIP im Euroraum um 6,8 % und in der EU um 6,4 %.

In **Österreich** ging das BIP einer Schnellschätzung zufolge im vierten Quartal um 4,3 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Im Jahresdurchschnitt sank die Wirtschaftsleistung gemäß den vorläufigen Daten um 7,3 % und damit rund doppelt so stark wie im Jahr 2009 in der Finanz- und Wirtschaftskrise (-3,8 %). Aufgrund der erneuten strikten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie brach im vierten Quartal vor allem der private Konsum ein (-8,3 % gegenüber dem Vorquartal). Die Exporte sanken um 1,1 % und die Importe um 0,7 %, während die Bruttoanlageinvestitionen um 0,1 % zunahm. Entstehungsseitig führten die Eindämmungsmaßnahmen zu einem Einbruch der Wertschöpfung im zusammengefassten Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie um knapp 20 % und sogar rund 25 % in den sonstigen Dienstleistungen, die unter anderem die Kultur und die persönlichen Dienstleistungen beinhalten. Im Bauwesen sank die Wertschöpfung um 1,6 %, während sie im produzierenden Bereich ohne Bauwesen um 1,0 % zunahm. Mit dem Einbruch im Winterhalbjahr haben sich die Perspektiven für Österreich spürbar eingetrübt. In ihrer Konjunkturprognose vom Februar erwartet die EU-Kommission für 2021 nur ein Wachstum von 2,0 %.

Für die Bundesländer stehen Produktionsdaten für den produzierenden Bereich bis Oktober 2020 zur Verfügung (für Österreich insgesamt bis November). Im Zeitraum Jänner bis Oktober ist die Produktion im gesamten produzierenden Bereich in **Kärnten** um 1,1 % und in ganz Österreich um 6,5 % gesunken. Im Verarbeitenden Gewerbe sank die Produktion in Kärnten um 6,1 % und in Österreich insgesamt um 8,8 %. Im Bau ging die Erzeugung in Kärnten um 8,9 % zurück (Hochbau: -10,7 %, Tiefbau: +7,1 %). In ganz Österreich sank die Produktion im Bau um 4,0 % (Hochbau: -4,8 %, Tiefbau: 0,0 %). Im Einklang mit der Entwicklung in ganz Österreich dürfte auch in Kärnten im Jahr 2021 nur ein Wirtschaftswachstum von rund 2 % erreicht werden.

Klaus Weyerstraß

## Gastkommentar: Ökonomische Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung

Der Klimawandel, ebenso wie die Covid19 bedingten Schutzmaßnahmen, haben zunehmend negative Auswirkungen auf viele Bereiche der Wirtschaft. Allerdings: Corona hat auch Positives gebracht: die CO<sub>2</sub>-Emissionen sind um 7% gesunken. Viele Menschen machen mehr Bewegung, ernähren sich gesünder und haben das Gefühl mehr Zeit füreinander zu haben als vor Corona. Die Nachfrage nach regionalen und fairen Produkten ist deutlich gestiegen, der online-Handel allerdings auch, ohne dass damit entsprechende Steuern gezahlt werden. Wie eng Wirtschaft(en) und eine Nachhaltige Entwicklung verknüpft sind, zeigen auch die Nachhaltigkeitsziele der UN, die sog. Sustainable Development Goals (SDG) der Agenda 2030, welche 2015 in New York verabschiedet wurde. Der *Green Deal* der EU basiert überhaupt auf der Annahme, dass ein gesellschaftlicher Wandel mithilfe ökonomischer Mechanismen gelingt. Und noch etwas: Viele Menschen, vor allem die Jüngeren (Schüler\_innen, Studierende, Nachwuchswissenschaftler\_innen), wünschen sich eine Wirtschaft, die nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit agiert.

Es wird also deutlich, dass der Ökonomie eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft zugeschrieben wird. Doch auf welchen paradigmatischen Grundlagen soll die Ökonomie diese Wirkung entfalten? Welches Verständnis von Ökonomie liegt dem zugrunde? Und welche Anpassungen braucht es in der ökonomischen Aus- und Weiterbildung?

Gerade die Nachhaltigkeitsdiskurse verdeutlichen die verschiedenen Formen „Wirtschaft“ zu denken. Kaum ein Nachhaltigkeitskonzept, das nicht auch „das Ökonomische“ einbezieht, allerdings wenig präzise und in unterschiedlicher Form. Mit dem Begriff „Ökonomie“ bzw. der „Wirtschaft“ sind meist sehr unterschiedliche Themen gemeint, wie bspw. Märkte, Produktion, Konsum, Beschäftigung, Geld-, Kapital- und Finanzmärkte, Konzepte der Arbeit, globale Wertschöpfungsketten. Oft werden aber auch Akteursgruppen unter „Die Wirtschaft“ subsumiert, wie bspw. die Unternehmen, die Arbeitnehmer oder die KonsumentInnen.

Trotz aller Unterschiede wird dreierlei deutlich: 1. Man ist sich einig, dass der Ökonomie eine wichtige Rolle in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung zukommt. 2. Es gibt große Kontroversen hinsichtlich der Art und Qualität dieser Rolle – sei es als die Nachhaltigkeit hemmende oder fördernde Größe, sei es als eigene Säule („geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut“). 3. DiskutantInnen und AktivistInnen fehlt häufig ein geeignetes ökonomisches

Grundwissen. Gerade letzteres wäre allerdings erforderlich, um die Mechanismen und Folgen des Wirtschaftens auf die Gesellschaft bzw. auf gesellschaftliche Teilsysteme ausreichend zu verstehen, um alternative Wirtschaftsformen auf Dauer etablieren und praktizieren zu können und allenfalls auch als transformative Kraft theoretisch zu fundieren. Was bedeutet das für eine Bildung für Nachhaltige Entwicklung? Welches ökonomische Wissen muss vermittelt werden, damit sich Menschen am Diskurs um den wirtschaftlichen Wandel im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung qualifiziert bzw. kompetent beteiligen und dieses Wissen selbst so einsetzen bzw. anwenden können, dass wirtschaftliches Handeln im Sinn einer Transformation hin zu einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung wirksam wird?

Mit der „Agenda 2030 für eine global nachhaltige Entwicklung“ der UN ist ein wichtiger Meilenstein in der Umsetzung einer globalen Nachhaltigkeitsagenda erreicht worden, der auch für die Bildungslandschaft hohe Bedeutung hat. Dies nicht nur, weil die 17 Ziele vielfach Bildungsfragen adressieren, sondern auch weil die enge Verflechtung von Wirtschaftsweise und gesellschaftlicher Entwicklung in nahezu jedem Ziel deutlich wird und sich daher die Frage stellt, wie eine adäquate ökonomische Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung gestaltet werden kann.

Eine kleine Initiativgruppe widmet sich im Rahmen der Allianz Nachhaltiger Universitäten Österreichs derzeit dem Thema „ökonomische Bildung für Nachhaltige Entwicklung (öBNE)“. Ziel ist es, einen Beitrag zu leisten, die ökonomische Bildung so auszurichten, dass künftige HochschulabsolventInnen fähig sind, innovative und kreative Beiträge zu allen Bereichen des Wirtschaftens zu leisten, die über Maßnahmen zur Effizienzsteigerung hinausgehen und auch Suffizienz als Business Case erschließen. Insbesondere bräuchte es ganz rasch auch AbsolventInnen, die – gerade mithilfe der neuen digitalen Technologien – Geschäftsmodelle im Sinn einer Kreislaufwirtschaft kreieren und umsetzen können. Gerade ein Land wie Kärnten, das reich an natürlichem und menschlichem Kapital ist, wäre gut beraten Impulse zu setzen, damit ein Wandel von einer Durchflusswirtschaft hin zu bestandsorientiertem Wirtschaften gelingt. Die aktuelle Krise liefert einen weiteren Anreiz dazu.

Renate Hübner

Ökonomin und Nachhaltigkeitsforscherin am Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Alpen Adria-Universität Klagenfurt

## Kommentar: Budgetdefizite sind relevant

“With interest rates at historic lows, we cannot afford inaction”. Mit dieser Begründung für seinen Ausgabenplan in Höhe von 1.900 Mrd. Dollar zur Bekämpfung der Coronapandemie vertritt der US-Präsident die Ansicht, wonach Budgetdefizite und damit verbundene höhere Staatsschulden nicht mehr von Bedeutung seien, weil bei einem Zinssatz, der unter der Rate des Wirtschaftswachstums liegt, sich das Schuldenproblem im Zeitablauf quasi von selbst erübrigt.

Die Kehrtwende ist gerade am Beispiel des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine beachtliche. Diese Institution hielt im vergangenen halben Jahrhundert die wirtschaftliche Vernunft hoch wie sonst niemand. Nach dem deflationären Schock der Coronapandemie ist am Versuch die ökonomische Aktivität wieder in Schwung zu bringen, nichts auszusetzen. Aber gerade der IWF ist die in vielen Schuldnerländern verhasste Organisation, die bislang auf wirtschaftliche Probleme lediglich einfache Rezepte kannte: Fiskalische Zurückhaltung, ein kleinerer Staatssektor und Marktliberalisierung. Diese Entwicklungsländern (und Griechenland) verabreichte bittere Medizin ist als Washington Consensus berühmt (berüchtigt).

Die Sicht des US-Präsidenten übersieht jedoch Effekte, die ständig steigende Staatsschulden auf die globale Wirtschaft ausüben. So gibt es immer mehr Evidenz, z.B. von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der OECD und der Wall Street, wonach die letzten vier Jahrzehnte, die größtenteils durch zunehmenden Einfluss des Staates charakterisiert waren, zu einem niedrigeren Produktivitätswachstum und zunehmender Vermögensungleichheit geführt haben.

Niedrige Zinsen stellen nicht einen Pfad in die Freiheit dar, sondern eine Falle: Sie animieren zu noch höherer Verschuldung der öffentlichen Hand, was den Produktivitätsfortschritt verringert und das Wirtschaftswachstum reduziert. Das macht eine Volkswirtschaft fragil, zwingt Zentralbanken den Zinssatz niedrig zu halten und wirft Fragen bezüglich ihrer Unabhängigkeit auf. Angesichts der hohen Schuldenstände kann bereits ein geringer Anstieg des Zinsniveaus die Schuldenlast nicht mehr nachhaltig werden lassen. So haben die EZB und die Federal Reserve der Vereinigten Staaten bereits angekündigt, auch bei zunehmender Inflation die Zügel nicht unmittelbar anziehen zu wollen. Das könnte als Hinweis verstanden werden, Staatsschulden via Inflation in den Griff zu bekommen. Die zunehmende Akzeptanz von

Kryptowährungen ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Schuldenfalle ist real. Die öffentlichen Schulden der Industrieländer betragen mehr als 100% des Bruttoinlandsprodukts. 1970 betrug dieser Anteil 20%. Während des Bretton Woods Systems fixer Wechselkurse, zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und Anfang der 1970er Jahre, verzeichneten viele entwickelte Staaten Budgetüberschüsse; danach kontinuierlich Defizite, sowohl in guten wie wirtschaftlich schlechten Zeiten.

Zentralbanken können die Geldmenge beliebig erhöhen, allerdings können sie nicht diktieren, wohin das von ihnen „geschöpfte“ Geld geht. Seit den 1970er Jahren ist die Größe des Finanzsektors explodiert – von ungefähr demselben Umfang wie die globale Realökonomie auf das Vierfache dieser Größe. Die Gewinne daraus kamen größtenteils Vermögenden zugute. Wenn nun Politiker noch mehr Stimuli versprechen, vernachlässigen sie den Zusammenhang zwischen Stimulus und zunehmender Vermögensungleichheit, Börsenhändler jedoch nicht. Die Aussicht auf eine weiterhin expansive Politik treibt damit vor allem Vermögenspreise wie Aktienkurse oder Immobilienpreise weiter in die Höhe.

Aktuelle Studien zeigen, dass die Geldschwemme zur Unterstützung von „Zombiefirmen“ führt, die unter normalen Umständen nicht überlebensfähig wären. Bereits 2017 wies die OECD auf die Verbindung zwischen fallender Produktivität und billigem Geld hin und dass dieser Zusammenhang es Gesellschaften schwerer macht, ihre Versprechen an gegenwärtige und zukünftige Generationen zu erfüllen.

Menschen verstehen üblicherweise, dass es keinen *free lunch* gibt. Der Pfad zu Wohlstand, der nicht wie Manna vom Himmel fällt, kann nicht darin bestehen, einfach mehr Geld zu drucken und es allen Bürgern „mittels Helikopter“ zuzustellen, wie es der US-Plan vorsieht, um damit den Konsum anzuregen. Eine solche Politik würde Probleme, die sie zu lösen versucht, weiter verstärken. Jahrzehntelanges Stimulieren der Wirtschaft hinterlässt Ökonomien schwächer, weniger dynamisch und ungerechter. Außerdem fördert es Populismus und gesellschaftliche Spannungen. Budgetdefizite sind weiterhin relevant, auch wenn das immer häufiger bestritten wird. Aber warum werden dann verrückte Ideen, wie ein von der EZB vorgenommener Schuldenschnitt für die gesamte Eurozone, überhaupt propagiert? Das Ende des Euro wäre damit besiegelt und Wohlstand vernichtet. Von nachhaltiger Wirtschaftspolitik keine Spur.

Norbert Wohlgemuth

## Wirtschaftskennzahlen im Überblick

### Gasnetzentgelte bei einem Jahresverbrauch von 15.000 kWh, 2021

Cent / kWh und prozentuelle Veränderung zu 2020

	2021	% zu 2020
Burgenland	1,72	1,9%
Kärnten	2,05	6,8%
Niederösterreich	1,46	6,4%
Oberösterreich	1,51	-4,3%
Salzburg	1,40	-3,0%
Steiermark	1,67	-0,6%
Tirol	2,19	-3,3%
Vorarlberg	1,25	-3,9%
Wien	1,77	5,8%
<b>Österreich gesamt</b>	<b>1,68</b>	<b>2,0%</b>

Quelle: E-Control – Netzentgelte 2021; eigene Darstellung KIHS

### Elektrizitätspreise für Haushalte\* und Nicht-Haushalte\*\*

erste Jahreshälfte 2020, Cent pro kWh

	Haushalte	Nicht-Haushalte
EU27	21,3	12,5
Dänemark	28,3	6,1
Deutschland	30,4	17,8
Frankreich	19,0	10,5
Italien	22,3	15,0
Ungarn	10,3	10,0
Österreich	21,0	11,9
Finnland	17,4	7,0
Schweden	18,3	6,5
Norwegen	13,6	5,1

\* jährlicher Verbrauch zwischen 2.500 und 5.000 kWh

\*\* jährlicher Verbrauch zwischen 500 und 2.000 kWh

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

### Saisonbereinigte Produktionsindizes, 2015=100

Kärnten (Nov. 2020) und Österreich (Oktober 2020)

	Kärnten	Österreich
Index insgesamt	131,0	114,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	96,7	91,8
Herstellung von Waren	124,9	109,9
Energieversorgung	206,4	130,2
Wasserver- und -entsorgung, Abfallentsorgung	100,3	110,8
Bau	117,9	123,4

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

### Stromnetzentgelte bei einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh, 2021

Cent / kWh und prozentuelle Veränderung zu 2020

	2021	% zu 2020
Burgenland	6,19	8,4%
Kärnten	7,98	5,6%
Niederösterreich	5,68	6,4%
Oberösterreich	6,10	1,6%
Salzburg	5,27	1,7%
Steiermark	6,44	2,8%
Tirol	5,27	4,3%
Vorarlberg	3,94	4,8%
Wien	5,04	6,4%
Klagenfurt	5,41	-0,6%
<b>Österreich gesamt</b>	<b>5,68</b>	<b>4,4%</b>

Quelle: E-Control – Netzentgelte 2021; eigene Darstellung KIHS

### Natürliche Bevölkerungsbewegung, 2020

vorläufige Ergebnisse

	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenbilanz
Burgenland	2.100	3.516	-1.416
Kärnten	4.558	6.785	-2.227
Niederösterreich	14.602	18.505	-3.903
Oberösterreich	14.748	14.798	-50
Salzburg	5.753	5.127	626
Steiermark	10.918	14.391	-3.473
Tirol	7.500	6.724	776
Vorarlberg	4.206	3.362	844
Wien	19.108	17.309	1.799
<b>Österreich gesamt</b>	<b>83.493</b>	<b>90.517</b>	<b>-7.024</b>

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

### Makroökonomische Indikatoren

2020, teilw. geschätzt

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, Dez. (%)	Budgetbilanz (% BIP)	Leistungsbilanz (% BIP)
USA	-3,6	1,2	6,3	-14,9	-2,2
China	1,9	2,5	5,2	-5,2	1,5
Japan	-5,3		2,9	-2,2	3,5
Großbritannien	-9,9	1,0	5,0	-14,3	-2,1
Euroraum	-7,6	0,3	8,3	-9,2	2,6
Österreich	-6,9	1,1	5,8	-8,5	2,4
Deutschland	-5,3	0,4	4,6	-4,8	6,8
Frankreich	-8,3	0,5	8,9	-10,9	-2,3
Schweiz	-3,0	-0,7	3,5	-3,7	9,1
Italien	-9,1	-0,1	9,0	-11,3	2,9
Tschechien	-5,7	3,2	3,2	-6,5	3,6
Israel	-3,6	-0,6	4,8	-11,8	3,9

Quelle: The Economist; 20. Februar 2021  
eigene Darstellung KIHS

## Impressum

**Herausgeber:** KIHS  
**Adresse:** Universitätsstraße 65-67  
 9020 Klagenfurt  
**E-Mail:** office@kihs.at  
**Website:** www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 26.2.2021